

Editorial

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **76 (1998)**

Heft 2

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Finanzpolitik ist längst zum «Stellvertreterkrieg» darüber geworden, welche Rolle dem Staat im Zeitalter der Globalisierung von den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen künftig noch zugestanden wird. Kennzeichen des bürgerlichen, neoliberalen finanzpolitischen Diskurses ist seine Verselbständigung gegenüber konkreten staatspolitischen Zielsetzungen. Er ist – in der Form des ununterbrochenen Sparappells – über weite Strecken zum eigentlichen Selbstzweck geworden, womit auch die dahinterliegenden verteilungspolitischen Motive zugedeckt werden sollen, sei dies in Form von Steuergeschenken oder Sozialabbau.

Die bürgerlichen FinanzpolitikerInnen haben dabei das in der Privatwirtschaft üblich gewordene Benchmarking – als Massstab der Ausrichtung und Überprüfung der unternehmenspolitischen Ziele dienen die globalen Branchenleader – inzwischen auf die Finanzpolitik übertragen: die angestrebte Verschuldungs-, Defizit-, Fiskal- und Staatsquote wird jeweils in Konkurrenz zu den führenden Industrieländern definiert. Standortwettbewerb nennt man das. In Westeuropa entscheiden heute in diesem Zusammenhang die sogenannten Maastrichter Kriterien über gut und böse bzw. über das Dabeisein beim Euro. Eine wirtschaftswissenschaftliche Begründung, weshalb diese Kriterien gerade so angesetzt sind, fehlt im Prinzip.

Allerdings wird die von den EU-Mitgliedern im Hinblick auf die Währungsunion betriebene restriktive Fiskalpolitik – zum Preis eines verzögerten Wirtschaftsaufschwungs – von den Akteuren auf den Finanzmärkten und an den Devisenbörsen mit positiven Signalen belohnt, so dass heute allseits ein stabiler Euro erwartet wird. Die Erleichterung ist spürbar, denn noch sind die Ereignisse präsent, als die DevisenhändlerInnen gegen einzelne europäische Währungen spekuliert und das Europäische Währungssystem in die Krise gestürzt haben.

Und wieder einmal gibt sich die offizielle Schweiz in ihrem Sonderfallgebahren noch puristischer bzw. neoliberaler als der Rest der Welt. Auch wenn klar ist, dass die ausserordentliche Dynamik der Verschuldungszunahme der letzten Jahre gebrochen werden muss, so hat die Sparhysterie in diesem Land ein Ausmass erreicht, das fundamentalistischem Eifer wenig nachsteht. So ist das bürgerliche Lager heute bereit, die älteste parlamentarische – und damit demokratische – Kompetenz, die Budgethoheit, zu knacken bzw. institutionellen Automatismen unterzuordnen, wie dies mit dem neuen Verfassungsartikel «Haushaltsziel 2001» angestrebt wird (vgl. Artikel von U. Leemann). Dabei finden sich in der neoklassischen Theorie noch weit extremere Vorstellungen, die sich ebenfalls mit einem tiefen Misstrauen gegenüber den demokratisch gewählten VolksvertreterInnen verbinden¹ und die so weit gehen,

¹ Vgl. dazu auch Sebastien Guex: L'argent de l'Etat. Parcours des finances publiques au XXe siècle. Lausanne 1998 (Editions Réalités sociales).

die Budgetpolitik an ein Institut analog der unabhängigen Zentralbank ausgliedern zu wollen. Politik wird nur noch als Störfaktor betrachtet.

Auch hier ist wiederum entscheidend, dass finanzpolitische Eckwerte als autonome Ziele begriffen und angestrebt werden. Die Diskussion über die staatliche Finanzpolitik reduziert sich auf eine Diskussion über abstrakte Zahlen und Zielwerte, denen eine objektive und von der Wirtschafts-, Sozial- oder Umweltpolitik unabhängige Realität zugemessen wird. Hier nützt es dann in der Regel wenig, wenn, wie beispielsweise am 24.4.1998 die Konjunkturforschungsstelle an der ETH (KOF), davor gewarnt wird, den sich abzeichnenden Konjunkturaufschwung mit einer rigorosen Sparpolitik wieder abzuwürgen (vgl. auch Gaillard/Hänsenberger).

Angesichts der laufenden und der zu erwartenden finanzpolitischen Auseinandersetzungen hat sich die Redaktion der Roten Revue zum Ziel gesetzt, in dieser Nummer einen Überblick über die finanzpolitisch relevanten Entwicklungen der letzten und der kommenden Jahre zu geben sowie Zusammenhänge sichtbar zu machen, die in der Tagespolitik oft verloren gehen. Dabei geht es nicht in erster Linie darum, Finanzpolitik neu zu erfinden.

In ihrem Einleitungsartikel zeigen Gaillard/Hänsenberger unter anderem, wo die wichtigsten Ursachen für die gegenwärtigen Haushaltsdefizite liegen, wie die Situation mit einer anderen Geldpolitik der Nationalbank und einer anderen Fiskalpolitik des Bundes auch etwas anders aussehen könnte und dass deshalb eine Dramatisierung fehl am Platze ist. Ursula Leemann analysiert die schon angesprochene Logik des Haushaltsziels 2001, über das am 7.6.1998 abgestimmt wird. Aus der Sicht der SP-Fraktion der Bundesversammlung, die letzten Dezember ein eigenes Sanierungskonzept vorgestellt hat, fasst Werner Marti die zentralen Punkte und Alternativen noch einmal zusammen. Auf dem Hintergrund der Empörung über die Kantonswechsel von Ebners BZ umreisst Julia Gerber den politischen Handlungsbedarf aus Sicht der SP. Sie zeigt, dass das Ziel – eine materielle Steuerharmonisierung – alleine relativ schnell definiert ist, dass der Weg dahin aber in einem komplexen Umfeld sowohl politischer wie technischer Natur liegt. Ruedi Rechsteiner, ein vehementer Befürworter einer ökologischen Steuerreform, stellt in seinem Beitrag seine Konzepte vor, die insbesondere auch die Mitfinanzierung der Sozialversicherungen miteinschliessen. Den Sozialversicherungen im speziellen widmet sich Ruedi Strahm. Für ihn sind glaubwürdige Konzepte für deren längerfristige Finanzierung ein wichtiger Prüfstein für die Linke. Ein Thema, dem in den finanzpolitischen Diskussionen nur eine marginale Rolle zukommt, nimmt Anna Sax auf: Anhand eines Tagungsberichts streift sie Aspekte frauenspezifischer Auswirkungen der vorherrschenden Finanz- und Sparpolitik. Schliesslich macht Katharina Kerr darauf aufmerksam, dass der Streit um ein finanzgerechtes Steuersystem die Schweiz seit ihren Anfängen begleitet.

Die Redaktion